

Diskussionen um Neubau reißen nicht ab

Im Hauptausschuss treten Unklarheiten
zur Notunterkunft in Königsborn auf.

Von Anna Gemünd

Unna. Die Frage nach einem möglichen Neubau der städtischen Unterkunft an der Kamener Straße sorgt eine Woche vor der Entscheidung im Rat weiter für hitzige Diskussionen. Im Haupt- und Finanzausschuss debattierten die Mandatsträger gut eine halbe Stunde das Für und Wider einer entsprechenden Beauftragung an die Stadt – um am Ende eine Empfehlung an den Rat auszusetzen. Zu unklar sei die vorliegende Beschlussvorlage, als dass man darüber abstimmen könne. Bis zur Ratssitzung am Donnerstag der kommenden Woche soll nun eine eindeutige Beschlussvorlage vorliegen.

Die Kernfrage der Diskussion: Soll die Stadtverwaltung die Unterkunft an der Kamener Straße neu bauen und damit die Aufnahme-Kapazitäten erweitern? 2,4 Millionen Euro könnte der Bau neuer Unterkünfte an der Kamener Straße kosten. In den zuständigen Fachausschüssen wurde der Verwaltungsvorschlag bereits intensiv diskutiert – und aufgeweicht.

So soll die Stadtverwaltung nun lediglich damit beauftragt werden, die Planungen für einen möglichen Neubau weiter voranbringen zu können. Die Entscheidung über einen tatsächlichen Bau soll dann später getroffen werden. „Wir sollten jetzt alles nutzen, um

eventuell mögliche Förderungen zu bekommen“, sagte Gabriele Meyer (CDU) zu den Planungen.

Für den Neubau der Unterkunft könnte die Stadt Fördermittel erhalten, deren Höhe der Beigeordnete Uwe Kutter mit 300.000 Euro bezifferte. Dabei handele es sich um Geld, das die Stadt Unna nicht zurückzahlen müsste. Dies bestätigte Kutter auf Nachfrage von Klaus Göldner (FLU), ob es sich dabei um ein Darlehen oder „geschenktes Geld“ handele.

Nicht eindeutig beantwortet konnte die Stadtverwaltung dagegen die Frage, ob auch eine Sanierung der Unterkunft an der Kamener Straße ebenfalls mit dieser Förderung umzusetzen wäre. „Wir überprüfen das gerne, ob dies auch für eine Sanierung gilt“, stellte Bürgermeister Werner Kolter in Aussicht. „Aber eine Sanierung ist eine Sanierung und ein Neubau ist ein Neubau.“

Zuvor hatte Klaus Göldner (FLU) dargelegt, wieso seine Fraktion die Beschlussvorlage zur Planung eines Neubaus an der Kamener Straße ablehne. Man solle zunächst abwarten, wie sich die neuen politischen Konstellationen auf Landes- und Bundesebene auf die Flüchtlingsverteilung insgesamt auswirke, bevor man in der derzeitigen Finanzlage der Stadt eine derart hohe Investition tätige, argumentierte Göldner.